

Arbeiterstimme



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale, Ost Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 15. Dezember 1932 Nummer 286

„Chancen für die Unternehmer— die Grundtendenz der Politik der gegenwärtigen Regierung“



Ein bezeichnendes Eingeständnis des Reichsfinanzministers der Schleicherregierung, von Schwerin-Krosigk, auf der Hauptausschuß-Sitzung des Reichverbandes der Deutschen Industrie

Auf der am Mittwoch stattgefundenen Hauptversammlung des Reichverbandes der Deutschen Industrie, sprachen unter anderem als Vertreter der Reichsregierung der Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk und der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold. Sowohl Warmbold als auch von Schwerin-Krosigk betonten ausdrücklich, daß die Schleicherregierung das Wirtschaftsprogramm Papens weiter verfolgen würde und daß sie insbesondere die Steuergutschriften für die Unternehmer erhalten werde.

Einmal mehr bezeichnend und für die Arbeiterklasse höchst interessant war, was der Reichsminister der Finanzen von Schwerin-Krosigk über die Grundlinie der Politik der Schleicherregierung erklärte. Er knüpfte an die Forderung des Industriellen-Kreises von Böhlen und Halbach nach einer „Chance für die Unternehmertum“ an und erklärte dazu:

„Diese Chance ist der eigentliche Sinn und Zweck des Wirtschaftsprogramms des Papenkabinetts gewesen, an dieser Grundtendenz hält auch die gegenwärtige Regierung fest.“

Sagt ihr es — SPD-Arbeiter? So spricht der Minister der Regierung, die die Dresdner Volkszeitung ein „Kabinett der Verlogenheit“ genannt hat und deren Kanzler Schleicher dieselbe Zeitung den „General mit dem Celzweg“ nannte.

So spricht der Minister der Regierung, von dessen Kanzler Schleicher der KPD-Borlingende Leipzig in seinem „Kommunisten-Interview“ erklärte, er habe ihm „nichts vorzumerken“.

„Chancen für das Unternehmertum“ — das kann nichts anderes heißen, als neben der Erhaltung der Steuergutschriften die Steuergutschriften an die Industriellen, verschärfter Lohnabbau mit neuen rationalisierten Methoden!

Gerade dazu zieht die Schleicherregierung die SPD- und KPD-Führer, die arbeitslosen Gewerkschaftsführer und auch die Sozialisten heran. Die Absicht, die sie dabei verfolgt, ist die, den wachsenden Kampfwillen der Arbeiter und deren Widerstand zu brechen. Das ist ja auch

der Sinn des von den Feinden des werktätigen Volkes verkündeten „Weihnachts- und Bürgerfriedens“, den die Kapitalisten dazu benutzen, ihre Kräfte zum schärferen faschistischen Angriff auf die arbeitenden Massen zu gruppieren.

Diese Absicht flang auch aus der Rede des Reichswirtschaftsministers der Schleicherregierung, Dr. Warmbold, auf der schon erwähnten Industrierversammlung heraus. Warmbold kämpfte vor allem gegen jeglichen Faschismus an und ermunterte die Industriellen, die in der letzten Zeit entsetzte „Bewegung zu verhalten“. Das bedeutet nichts anderes, als Lohnabbau und verschärfte Kapitalverwertung nicht etwa aufzugeben oder auch nur zu mildern, sondern im Gegenteil, mit aller Kraft zu verteidigen!

Dabei forderte Warmbold die Industriellen aber wiederholt zur Anwendung „vorrichtigerer Methoden“ auf. Er sprach nicht umsonst von den „Lohnmangelsmäßigen Faktoren, die das Handeln der wirtschaftenden Menschen beeinflussen“.

Das bezog sich auf die Arbeiter und die von ihnen im Kampf gegen die Papennotverordnungen entfalteten Streik-kämpfe. Warmbold meinte aber auch noch

„daß wir (die Bourgeoisie) nach der heillosen Wertung von den politischen Vorgängen der letzten Zeit hoffen dürfen, nunmehr wieder eine weitestgehende Beruhigung zu erleben.“

Diese Hoffnung legt die Bourgeoisie vor allem in die So-

zialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie, auf deren Unterstützung sie bei der „Beruhigung“ baut.

Damit charakterisiert die Schleicherregierung die Gewerkschaftsbürokratie selbst als getrennte Zirkel, die sie neben den Faschisten als offene Tolerierungsgelüste heranzieht. Das Eingeständnis, daß die Politik der Schleicherregierung dem Unternehmertum alle Chancen offen soll, ist für die gesamte Arbeiterklasse von alarmierender Bedeutung.

Dieses Eingeständnis lehrt allen Arbeitern:

Keine Illusion über eine Abschwächung der faschistischen Angriffsmethoden!

Keine Verzögerung der Kampferneuerung der proletarischen Klasse!

Durchkreuzt den Streikbruchpakt der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie!

Wendet eure ganze Kampfkraft in die Waagschale des revolutionären Klassenkampfes, des Ringens der Arbeiterklasse um die Freiheit, um den Sozialismus!

Die „Dresdner Volkszeitung“ bestätigt die Leipziger Unterredung über Schleicher

Nach tagelanger Anpreisung der Dresdner Volkszeitung, die bekanntlich die Unterredung des KPD-Führers Leipzig mit dem Vertreter des Exzellenz verweigert hat, laßt diese jetzt die ersten Worte, die man zwar jämmerlich zurückhalten konnte, in denen aber dennoch ein vollkommenes Eingeständnis der Leipziger Unterredung über Schleicher enthalten ist.

Nachdem wir dem SPD-Organ nach tagelangen trampfenden Schmeißen die Zunge gelöst haben, kommt es jetzt endlich auf das Gespräch Leipzig zurück. Wenn man die enthaltenen Sätze, die die Dresdner Volkszeitung darüber veröffentlicht hat, aus einem Schwamm von Schimpfworten heraushebt, so läßt sich ein interessantes Interview in der Dresdner Volkszeitung folgendermaßen wiedergeben:

„Wenn Schleicher den Gewerkschaften hinsichtlich der künftigen Lohnpolitik allerhand Zusage gemacht hat oder machen will, so ist es Sache der Gewerkschaften, mit ihm darüber zu verhandeln. Sie sind ja auch gezwungen, mit Unternehmern und Sozialdemokraten Verhandlungen einzugehen. Und die Sache der Gewerkschaften bleibt es, sich mit den Reaktionen dieser Verhandlungen zu erklären oder sie abzulehnen.“

Das bedeutet, nämlich der Wortlaut des Leipziger Interviews, daß in der Dresdner Volkszeitung immer noch verschwiegen wurde dieser Wortlaut nämlich von ihr veröffentlicht, dann aber der normalerweise verteilte Bericht über die Leipziger Unterredung der Leipziger Volkszeitung klar und deutlich zum Bewußtsein.

Denn die Dresdner Volkszeitung sagt es, daß Leipzig in diesem Interview, das am 4. Dezember im Berliner Reichstag veröffentlicht wurde, im Hinblick auf den Reichsfinanzminister Schleicher erklärte:

„Was keine politische Verantwortung betrifft, so haben wir dem Reichsfinanzminister nichts vorzumerken. Die letzte Frage stellt im Vordergrund der Unterredung und der Zweck dieses Berichtes ist, in dem geschichtlichen Rahmen eine Einordnung her-

zuführen, damit das neue Kabinett in seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Widerstand der Arbeiter behindert wird.“

Gerade an diesem Satz wird der verheerliche Sinn der Tolerierung Schleichers durch die SPD klar. Die Erklärung der Dresdner Volkszeitung, daß es „Sache der Gewerkschaften bleibt, sich mit den Reaktionen der Verhandlungen einzusetzen — oder sie abzulehnen“, ist also ein ungeschämter Versuch der Leipziger Volkszeitung für die höchstempfindlichen Gewerkschaften zu erklären.

Die Gewerkschaftenmitglieder werden die Unterstützung der Dresdner Volkszeitung für den Leipziger Fall, für den Kurs der Eingliederung der Gewerkschaften in den Faschismus mit dem verächtlichsten Kampf gegen die Regierung des Generals Schleicher und ihre Paläste beantworten.

Die Pressewerbung

ist noch lange nicht beendet, d. h. sie darf überhaupt nie ins Stocken kommen. Alle Tage muß weiter geworben werden, so wie es

die Neugensdorfer Genossen tun. Sie haben in der Werbekampagne sieben Abonnen-ten für die Arbeiterstimme gewonnen und

jetzt noch 9 dazu!

Auch für den Freiverkauf gibt es nachkommenerweise Beispielen.

Das soll von Nützschendroße

betragt für die letzte Sonderausgabe 200. Bestellt, verkauft und abgerechnet wurden 200 Stück. So muß es überall gemacht werden! Werkt alle Tage neue Leute

KPD fordert Reichstags- einberufung zum 19. Dezember

Die Reichstagsfraktion der KPD hat ein Schreiben an den Reichstagspräsidenten geschickt, in dem sie fordert, daß der Reichstag für Montag, den 19. Dezember einberufen wird. Die KPD-Fraktion verlangt, daß in dieser Sitzung vor allem die Winterhilfe auf die Tagesordnung gesetzt wird, sowie die Aufhebung der Notverordnungen vom 14. Juni, durch die die Unterhaltungs-gelder kürzer gemacht wurden. Ferner fordert die KPD-Fraktion, daß der kommunistische Wahlkampf gegen die Schleicherregierung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Amnestievorlage gefährdet!

Schon tagen die Vereinigten KPD-Fraktion des Reichstages, um die Tagesordnung für die heutige Sitzung des Reichstages vorzubereiten. Bei der Beratung der Amnestievorlage erhoben die Vertreter Papens, Witzmanns, Habens sowie ein Teil der Vertreter Brünnens Einspruch gegen die Amnestie. Es zeigte sich, daß vor allem die Führer des Zentrums alle Wunden springen ließen, um die Amnestievorlage zu torpedieren. Die Sozialisten im Reichstag verhielten sich schweigend.

So daß die Amnestievorlage heute überhaupt nicht in den Reichstag kommen kann.

Es ist zunächst eine weitere Vertagung des Reichstages zum 20. Dezember angelegt. Doch hofft das Zentrum, die hohen die nötigen Stimmen zur Ablehnung der Vorlage zusammenzubringen.

Wenn der Reichstag die Vorlage ablehnt, würde der Reichstag nach einmal mit Zweidrittelmehrheit für die Amnestievorlage stimmen. In dieser Amnestievorlage enthalten die Zentrumsmitglieder eine veränderte Fassung der Amnestievorlage. — Bei den gegenwärtigen Verhandlungen über die Aufhebung der Notverordnungen ist davon nicht mehr die Rede. —

Es zeigt sich, wie notwendig es ist, daß der Reichstag nicht in den nächsten Tagen wieder einberufen wird. Die kommunistische Reichstagsfraktion es fordert, daß der Reichstag am 19. Dezember einberufen wird. — Bei den gegenwärtigen Verhandlungen über die Aufhebung der Notverordnungen ist davon nicht mehr die Rede. —